



20. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 20/ 8696
27106122 Rd

2716122

Kleine Anfrage

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten)

„EncroChat“-Verfahren

Bereits im März 2022 hat die Landesregierung in der Antwort auf eine kleine Anfrage (Drs. 20/7691) angegeben, dass es bereits Verfahren in Hessen mit Bezug zu sog. „EncroChats“ gibt. Der Deutsche Richterbund forderte bereits mehr Personal, um die „EncroChat“-Verfahrenswelle bewältigen zu können. Durch „EncroChat“-Verfahren kämen Gerichte und Staatsanwaltschaften an ihre Belastungsgrenze, u.a. da es sich um komplexe Verfahren mit mehreren Beschuldigten handele, in denen riesige Datenmengen auszuwerten seien. Nach Informationen des Deutschen Richterbundes gingen Strafverfolgungsbehörden davon aus, in Kürze den gesicherten Datenbestand eines zweiten Krypto-Handy-Anbieters (Sky EEC) zu erhalten, der bis zu viermal so groß wie der „EncroChat“-Fund sei.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Verfahren mit Bezug zu „EncroChats“ gab es seit März 2020 bis heute in Hessen?
2. Wie viele Gerichtsverfahren, bei denen als Beweismittel Daten aus „EncroChats“ genutzt wurden, gab es bereits in Hessen?
3. Wie viele Ermittlungsverfahren mit Bezug zu „EncroChats“ gibt es derzeit in Hessen?
4. Gibt es bereits weitere Datenmengen, die Strafverfolgungsbehörden in Hessen aufgrund des Datenbestandes von Sky EEC erhalten haben?
5. Wenn ja: Um welche Datenmengen handelt es sich? Wenn nein: Ist absehbar bzw. rechnet die Landesregierung aufgrund des Erhalts eines Datenbestandes eines zweiten Krypto-Handy-Anbieters mit einer deutlichen Mehrbelastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften?
6. Plant die Landesregierung, zusätzliche Stellen zu schaffen, um die zu erwartende Verfahrenswelle bewältigen zu können?

Wiesbaden, den 27. Juni 2022

Marion Schardt-Sauer